

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“.

Seiten-Halle geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Herausg.

„Tagblatthaus“ Nr. 6630-33.

Von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Seitens-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn, M. 3.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Beleggeld. — Bezugs-Verstellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wilmersdorf 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für deutsche Anzeigen; 35 Pf. für ausländische Anzeigen; 1.25 M. für deutsche Kleinanzeigen; 2.50 M. für ausländische Kleinanzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Kassen-Anzeigen: für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 9 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelfirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lützow 6202 und 6203.

Freitag, 13. Dezember 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 582. • 66. Jahrgang.

Reichstagseinberufung.

Ablehnende Haltung der Volksbeauftragten.

W. B. Berlin, 12. Dez. Der Präsident des Reichstags hat am 12. Dezember an die Reichstagsabgeordneten folgendes Schreiben gerichtet:

An die Herren Reichstagsabgeordneten!

Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muß der Abschluß eines Vorfriedens sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungeheuren Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus den Lagern unserer Feinde lauten nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Bundes, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl wie auch zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.

Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstags zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet, weiter zu warten und verpflichtet mich, auch ohne die Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. J. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstags Gebrauch zu machen. Ich beauftrage deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber Bestimmung von Zeit und Ort der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zu der demnächst einzuberufenden Sitzung vollständig zu erscheinen. (Wez.) K e r n s c h, Präsident des Reichstags.

Dieses Schreiben ist auch dem Rat der Volksbeauftragten zugegangen, der Herrn Rechtsanwalt Gehrenbach folgendes antwortet hat:

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlauben wir uns folgendes zu antworten: Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit abspricht, daß sie jedoch den Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennt zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowie zur Beschlußfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung, entbehrt der Begründung. Sie ist nur geeignet, die Entente im Widerspruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in den irigen Glauben zu versetzen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre. Der Rat der Volksbeauftragten legte wiederholt dar, daß durch die politische Umwälzung der Bundesrat und der Reichstag als gesetzgebende Organe zu existieren aufgehört haben. Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben. Der Rat der Volksbeauftragten.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Die Ankunft Kochs.

W. B. Trier, 13. Dez. (Drahtbericht.) Marschall Koch ist gestern mittags gegen 12 Uhr im Sonderzuge mit etwa 4 Herren auf dem Hauptbahnhof angekommen. Er fuhr sodann mit seiner Begleitung im Auto zum Hotel zur Post, wo die deutsche Waffenstillstandskommission wohnt. Am Nachmittag kehrte der Marschall nach dem Bahnhof in einem Salonwagen zurück. Wie die „Landeszeitung“ meldet, ist auch General Berthling hier angekommen.

Der Verkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen gesperrt.

W. B. Mannheim, 12. Dez. (Drahtbericht.) Seit heute vormittag ist der Straßenbahnverkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen eingestellt und der Telephonverkehr seit heute mittag gesperrt. Nur noch Fußgänger dürfen die Brücke überschreiten.

Das unzufriedene Italien.

W. B. Berlin, 12. Dez. Die „Action Française“ schreibt aus einem Artikel des „Giornale d'Italia“, daß Italien, falls die Entente es gegen die Slaven benachteiligt, andere Kombinationen suchen würde. — Der „Temps“ bricht den Artikel des „Corriere d'Italia“, worin ausgedrückt wird, daß das Festhalten der Franzosen am Rhein den Interessen Italiens zuwiderlaufe. „Temps“ stellt diesen Artikel als Maché der ventisfalken Kreise hin, um Frankreich zu entzweien.

Die englische Hungersperre an der Ostsee.

W. B. Berlin, 12. Dez. Der durch den Waffenstillstand den Engländern erlaubte Eintritt in die Ostsee, den sie während des ganzen Krieges zu erzwingen nicht gewagt haben, hat den ungetrübten Verkehr zwischen den deutschen und den nordischen Häfen mit einem Schlag lahmgelegt. Die Engländer verhängen über die deutsche Ostseeküste eine Hungersperre und entziehen Deutschland auch die Stellen der Verforung, die es während des Krieges noch hatte. Das geschieht nach Abschluß des Waffenstillstandes, in dessen Art. 25 die ausdrückliche Forderung gemacht war, Deutschland während der Dauer des Waffenstillstandes in dem als notwendig erkannten Maße mit Lebensmitteln zu versorgen. Auch die nordischen Völker bleiben von dieser neuen englischen Verriegelung nicht unberührt. So liegen a. B. in Deutschland mehrere Dampfer mit Salz, Petro-

leum usw. für den nordischen Vertriebsweg. Die Gefahr der Absperrung verhindert diese Dampfer, die Fahrt nach Norwegen anzutreten. Ebenso liegen in nordischen Häfen Dampfer mit Milchprodukten für Deutschland, die verderben, weil die Engländer ihre Hungersperre auch auf die Dämme ausgedehnt haben.

Der Abbau der Marine im Osten.

W. B. Berlin, 12. Dez. Von zuverlässiger Stelle wird uns mitgeteilt: Die dritte Staffel von Transportdampfern zur Abholung der Überführungsmannschaften der Flotte ist auf dem Wege von Scapa nach Flom. Der Abbau der Marine in Libau ist im allgemeinen beendet. Der Rest der Marinebeschaffung verläßt Libau in den nächsten Tagen. Die Truppen- und Kriegsgütertransporte verlaufen planmäßig. Der Abtransport von Finnland und Kewal wird diese Woche beendet werden. Der Abtransport von Riga soll noch in dieser Woche beginnen.

Die Zionisten auf dem Friedenskongreß.

W. B. Prag, 12. Dez. Das jüdische Korrespondenzbureau meldet aus London, daß die Juden auf der Friedenskonferenz die Anerkennung des historischen nationalen Rechtes des jüdischen Volkes auf Palästina und die Möglichkeit zur Ansiedlung in Palästina der jüdischen Juden, die es wünschen, und das englische Protektorat über Palästina für die Übergangszeit von 25 Jahren durchsetzen wollen, bis eine Million Juden oder mehr im Lande anwesend sind und imstande sind, selbst die Regierung zu übernehmen. Der Korrespondent des jüdischen Korrespondenzbureaus erzählt von gut unterrichteter Seite, daß die Alliierten auf der Friedenskonferenz die Zionisten in dieser Richtung unterstützen werden.

A. und S.-Räte in der neutralen Zone.

W. B. Frankfurt a. M., 11. Dez. (Ämliche Mitteilung.) Die in verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, daß die Entente die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte auch in der neutralen Zone gefordert habe, ist vollkommen unrichtig. Wir protestieren auf das entschiedenste gegen die Verbreitung solcher Nachrichten. Der Arbeiterrat hält hier wie in anderen Städten seine Tätigkeit nach wie vor aufrecht. Wir bedauern auf das lebhafteste, daß solche Nachrichten verbreitet worden sind, nur in der Absicht, die Einrichtung der revolutionären Bewegung zu diskreditieren. Die falsche Meldung ist offenbar zurückzuführen auf eine Mitteilung des Armeehauptquartiers vom 9. Dez. 1918: „Die Entente hat sich das Kontrollrecht in der neutralen Zone vorbehalten. Arbeiter- und Soldatenräte werden von ihr nicht gebildet, sie sind daher in der neutralen Zone aufzulösen. Mitglieder von Arbeiter- und Soldatenräten, die von der Entente in der neutralen Zone betroffen werden, müssen gewarnt sein, von der Entente verhaftet zu werden.“ Der Arbeiterrat hat sofort Schritte unternommen, daß die Unrichtigkeit dieser Mitteilung festgestellt wird. Es ist vollkommen unwahr, daß nach den Waffenstillstandsbedingungen die Entente einen Eingriff in die innerpolitischen Einrichtungen der neutralen Zone sich vorbehalten hat. Die Auflösung der Arbeiterräte in der neutralen Zone ist keine Forderung des Feindes, sondern ein Wunsch gegenrevolutionärer Kräfte in unserem Lande. Zu diesem Zweck werden dem Feinde Forderungen angeboten, die er niemals aufgestellt hat.

Die Sozialisierungskommission.

W. B. Berlin, 13. Dez. (Drahtbericht.) Die Sozialisierungskommission unter dem Vorsitz des Herrn Kautsky hielt am 12. Dezember eine Sitzung ab: Geheimrat Professor Dr. Wittenfeld, der bisher volkswirtschaftlicher Referent der Kriegswirtschaftsteilung gewesen ist, hielt ein einstündiges Referat über die Organisation zur Bewirtschaftung der Rohstoffe während der Kriegszeit. In der Debatte wurde besprochen, inwieweit die Volkswirtschaften in der Friedenszeit weiter behalten werden können. Es wurde von vereinigten Seiten festgestellt, daß man für die Übergangszeit ohne derartige Institutionen nicht mehr auskommen könne. Weiter wurden Fragen, betreffend Stilllegung und Zusammenlegung, behandelt.

Die westfälische Zentrumsparlei und die rheinisch-westfälische Republik.

W. B. Hamm, 13. Dez. (Drahtbericht.) Die Provinzialvertretung der westfälischen Zentrumsparlei hat eine Entschließung über die von Köln angeregte Frage betreffs Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik angenommen, in der betont wird, daß die jetzigen Organe in Berlin bisher nicht imstande waren, die Ordnung und Sicherheit im Reich wiederherzustellen und daß die von den Vertretern des preussischen Kultusministeriums bei Beginn ihrer Tätigkeit angekündigte, alle gesellschaftlichen Grundlagen entbehrende Anordnung auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulwesen die heiligsten Gefühle der Anhänger der christlichen Kirche verletze. Die Frage an sich sei noch nicht spruchreif. Es könnten indes Verhältnisse eintreten, welche die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik wünschenswert machen. Dann müßten aber möglichst alle Parteien herangezogen werden. Die Provinzialvertretung verlangt unterzüglich die Wahl zur Reichsnationalversammlung und zur preussischen Landesver-

sammlung sowie deren beschleunigte Einberufung. Bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung sei der bestehende Reichstag als gesetzlich Vertretung des deutschen Volkes ohne Versuch einzuberufen. Sollte die Regierung nicht in kürzester Frist die Durchführung geordneter und gesetzlicher Zustände im Reich und in Preußen bewirken, so werde die Volksbewegung in den westlichen Landesteilen für eine Abtrennung von Preußen in stark zunehmendem Maße wachsen, und zur Gründung einer westlichen Republik als deutscher Bundesstaat führen.

Gegen die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Sonderrepublik.

wandten sich Massenversammlungen in Essen, Dortmund und Düsseldorf, die von der Deutschen demokratischen Partei einberufen worden waren. Die in Düsseldorf angenommene Entschließung forderte ferner die Abberufung des Kultusministers Hoffmann, der durch kleinliche Maßnahmen die Gefühle der Mitbürger verletze.

Aus der französischen Kammer.

W. B. Bern, 12. Dez. Post Phoner Blätter haben gestern in der Kammer einige sozialistische Deputierte beschäftigt, die Regierung über die Demobilisierung zu interpellierten. Der neue Unterstaatssekretär für Demobilisierung Deschamps gab darauf bekannt, daß vom 26. Dezember bis 6. Februar ein großer Teil der Territorialreserve entlassen werden soll. Deschamps erklärte im Namen der Regierung, daß die Interpellation nicht statgegeben werden soll und stellt sich dabei die Vertrauensfrage. Man könne nicht schneller demobilisieren, da sonst die Transportmittel überlastet würden. Die Sozialisten, namentlich Jean Renaud und seine Anhänger, protestierten auf das energischste. Die Beratung ohne Festlegung eines Zeitpunktes sei unzulässig. Unter großer Bewegung und lebhaftem Widerspruch wurde dann die Interpellation mit 335 gegen 160 Stimmen vertagt. Laffont und Alexandre Blanc brachten sodann ihre Interpellation über die Intervention in Rußland und über die Verbandspolitik gegenüber Rußland zur Sprache. Laffont lehnte jede Erörterung der Interpellation ab, da sie ein Gebiet berühre, wegen dessen zurzeit Verhandlungen mit den Alliierten harrten. Er verlangt die Vertagung und stellt darauf die Vertrauensfrage. In außerordentlich energischem Tone und unter lebhaftem Beifall der gesamten Sozialisten erklärte dann Blanc: Die Expedition nach Rußland, wo immer noch gekämpft werde, sei die glatte Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Er möchte nicht, daß die französische Republik sich die Formel: Gewalt geht vor Recht, zu eigen mache. Die Rechte und das Zentrum protestierten. Deschamps rief Blanc zur Ordnung. Blanc will sich auf einige Deputierte der Rechten stützen, wird aber von einem Vertreter des Laikes davon abgehalten. (Beifall.) Cochon erklärt, seit vier Jahren habe die Regierung das Parlament und keine Ausschüsse vollkommen im unklaren über ihre verantwortliche Politik gelassen. Jetzt, da im Kongreß von Versailles die einstimmigen Fragen, die jemals an die Welt herangekommen seien, erörtert würden, müsse das Parlament wissen, was die Vertreter der französischen Republik dort vorzunehmen werden. Deshalb verlange er, daß die Regierung nun spreche. Laffont und Albert Thomas schloßen sich den Forderungen Cochons an und verlangten von der Regierung eine offene Sprache. Mehrere andere Sozialisten und Linksradikale folgten ihm. Die Kammer steht jedoch stumm unter dem Eindruck der Rede Clemenceaus über seinen Besuch in Elsfeld und bringt und wird auch diese Interpellation mit 357 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

Beschleunigung der Demobilisierung in England.

W. B. Amsterdam, 12. Dez. Nach einer Meldung aus London hat der Minister für den Wiederaufbau Dr. Addison in einer Rede in London mitgeteilt, daß die Regierung Vorbereitungen treffe, um die Demobilisierung zu beschleunigen. Es sollen 65 bis 70 Prozent der in- und ausländischen Reimenter so rasch wie möglich abgerüstet werden. Die Regierung beabsichtigt die Ausfuhrbeschränkungen, soweit es die Notlage und die Verpflichtungen gegenüber den Alliierten gestatten, aus dem Wege zu räumen. Es sind bereits Ausfuhrverbote für 300 Arten von Waren aufgehoben worden.

Die schwierige Finanzlage Österreichs.

W. B. Wien, 12. Dez. (Drahtbericht.) Die „Neue Freie Presse“ weist auf den ganz enormen Tiefstand der österreichischen Krone auf den neutralen Geldmärkten hin, wobei zweifellos künstliche Einflüsse mitwirkten. Die Zeitung richtet einen dringenden Appell an die führenden Kräfte des Staates, die Gefahren, die dem öffentlichen Leben durch den Tiefstand des Geldwertes drohen, rechtzeitig zu bannen. Wir müssen, sagt das Blatt, dem Ausland wieder Vertrauen einflößen durch den Beweis, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung nicht in Gefahr sind, daß die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen sich in besonnener, planmäßiger und ruhiger Entwicklung vollziehen werden. Fruchtbare Arbeit bleibt das beste Heilmittel gegen den sinkenden Geldwert.

Die Errichtung von Soldatenräten in der tschechischen Armee verboten.

Br. Prag, 12. Dez. (Cig. Drahtbericht.) Das Ministerium für die Landesverteidigung hat die Errichtung von Soldatenräten in der tschechischen Armee verboten.

Beschleunigung der Nationalversammlung in Ungarn.

Br. Budapest, 12. Dez. (Cig. Drahtbericht.) In Budapest politischen Kreisen nimmt man an, daß die Entente auch gegen Ungarn die Forderung erhebt, die sie Deutschland gegenüber gestellt hat, nämlich eine legal gewählte Volksvertretung die revolutionäre Regierung zu ersetzen.

ratifiziert. Deshalb beschleunigt die ungarische Regierung trotz der riesigen Hindernisse die Durchführung der Wahlen zur gesetzgebenden Nationalversammlung.

Ungarische Arbeiter für den Wiederaufbau Serbiens.

Br. Budapest, 12. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Nach den Waffenstillstandsbedingungen ist Ungarn verpflichtet, eine entsprechende Anzahl von Arbeitern nach Serbien zu senden, die dort öffentliche Arbeiten verrichten sollen. In den nächsten Tagen werden bereits 3000 ungarische Arbeiter zum Wiederaufbau Serbiens dorthin abgehen.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Besetzung.

Seit heute morgen steht Wiesbaden unter dem Befehl der französischen Besatzung. Es sind zunächst die Quartiermacher und eine Offiziersabteilung, welche die nötigen Maßnahmen zur Einquartierung und Versorgung treffen. Die Offiziere werden, wie wir hören, in den Hotels Wohnung nehmen, während die Mannschaften in den hiesigen Kasernen untergebracht werden. Inzwischen ist durch den kommandierenden französischen General folgender Aufruf an die Bevölkerung erlassen und am Rathaus angeschlagen worden:

Aufruf!

Die alliierte Militärbehörde übernimmt den Oberbefehl im Lande. Sie verlangt von allen den strengsten Gehorsam.

Die Befehle und Verordnungen, die bei Beginn der Besetzung in Kraft waren, werden durch uns gewährleistet, so weit sie unsere Sicherheit nicht gefährden.

Unter der Aufsicht und der Leitung der Militärbehörden werden die öffentlichen Verwaltungen aufgeführt, in Tätigkeit zu bleiben.

Die Staats- und Kommunalbeamten sind verpflichtet und angehalten, die ihnen übertragenen Ämter gewissenhaft und in ehrlicher Weise auszuüben; die Gerichte werden weiter Recht sprechen.

Die Einwohner haben sich jeder feindseligen Handlung, sei es in Wort oder Tat, gegenüber den alliierten Behörden zu enthalten. Sie sind verpflichtet, den gesetzlich anzuordnenden Requisitionen Folge zu leisten.

Jeder, der eines Verbrechens oder eines Vergehens überführt wird, sei es Urheber oder Mitthäter, wird sofort verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt.

Jedes Vergehen gegen die der Bevölkerung bekanntgegebenen Befehle sowie jede Gehorsamsverweigerung werden streng bestraft.

Die Besetzung des Landes durch die alliierten Armeen wird durch diesen Aufruf festgelegt; er bestimmt für jeden seine Pflicht, die darin besteht, an der Wiederaufnahme der örtlichen Verkehrsverhältnisse mit Lust und Eifer, Ruhe und Disziplin mitzuwirken; möge ein jeder sich eifrig daran beteiligen.

Le Maréchal de France,

Hochkommandierender der alliierten Armeen:

Hoch.

Auf Befehl des kommandierenden Generals der Besatzungstruppen veröffentlicht.

Wiesbaden, 12. Dezember 1918.

Der Oberbürgermeister.

Eine Polizeiverordnung

befiehlt u. a. folgendes: Die deutschen öffentlichen Beamten üben das ihnen anvertraute Amt weiter aus. Sie versehen die Verwaltung der besetzten Gebiete unter der Leitung und der Kontrolle der französischen Militärbehörden. Jede Person über zwölf Jahre, die sich nach dem 1. August 1914 im Armeegebiet niedergelassen hat oder die nicht gewöhnlich in demselben wohnhaft ist, hat innerhalb zweier Tagen nach dem Anschlag dieser Verordnung mit Legitimationspapieren und allen Urkunden, die ihren Aufenthalt in der Gemeinde rechtfertigen, persönlich auf dem Bürgermeisteramt zu erscheinen. Über den Verbleib wird u. a. folgendes verordnet: Innerhalb der Gemeinde ist der Verkehr zu Fuß frei von 8 Uhr bis 20 Uhr (d. h. von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends). Er ist abends der Straße untersagt, wenn es sich nicht um landwirtschaftliche Arbeiten handelt. Außerhalb der Gemeinde darf niemand ohne schriftliche Erlaubnis gehen. Nachts ist jeder Verkehr grundsätzlich zwischen 20 Uhr und 6 Uhr untersagt. Jedoch können diese Stunden den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechend von der Ortsmilitärbehörde auf Antrag der Kommunalverbände abgeändert werden. Die öffentliche Zeit ist die französische Zeit. Keine Vereinigung, keine Vorstellung, keine Versammlung irgendwelcher Art darf ohne Erlaubnis der Ortsmilitärbehörde und ohne vorherige Vorlegung und beglaubigte Annahme des Programms durch dieselbe stattfinden. Die Besitzer von Briefkästen haben sofort ihren Schlüssel der Militärbehörde zu melden und ein Verzeichnis mit Beschreibung der Kästen zu übergeben. Der Verkauf und das Tragen von Waffen und Munition sind untersagt. Der Zutritt zu den Schankwirtschaften, Kaffees und Restaurationen ist der Zivilbevölkerung untersagt von 20 Uhr ab bis 5 Uhr. Die Militärpersonen haben diesen Anstalten an nachstehenden Stunden Besuchen: von 10.30 Uhr bis 13 Uhr und von 17 Uhr bis 20 Uhr. Alle Zivilisten haben bei jeder Gelegenheit und an jedem Ort gegenüber den Offizieren der französischen und alliierten Armeen eine achtungsvolle Haltung anzunehmen. Die Polizeibehörde und die Agenten der öffentlichen Gewalt sowie die Eisenbahnbeamten und Förster haben die Offiziere zu grüßen. — Ohne Rücksicht auf alle Maßnahmen, welche später getroffen werden können (die Festsetzung von Höchstpreisen usw.), sind die Preise aller zum Verkauf ausgestellten Waren festzusetzen. Bei Vermutung eines Verbrechens oder eines Vergehens, namentlich gegen die Sicherheit des Heeres, wird der Urheber der Übertretung verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Ortsmilitärbehörde ist befähigt, Strafen bis zu 1 Jahr Zuchthaus und 1000 Franken Geldstrafe, Ausweisung des Übertreters, Schließung der Handels- und Gewerbetreibenden zu verhängen. Berufung kann innerhalb 48 Stunden nach Bekanntgabe der Strafe bei der Militärbehörde, die letztere verhängt hat, eingelegt werden.

Pfarrer Philipp über die Trennung von Kirche und Staat.

Das Problem der Trennung von Kirche und Staat, welches der derzeitige preussische Kultusminister Adolf Hoffmann als dringendste Aufgabe seiner Amtsführung betrachtet, war der Gegenstand einer von der Deutschen demokratischen Partei für gestern Abend einberufenen öffentlichen Volksversammlung. Pfarrer Philipp sprach über die Bedeutung dieser Trennung von Kirche und Staat und erzielte mit seinen gewählten Ausführungen Verständnis und Beifall einer großen Zuhörerschaft, die den Saal der „Turngesellschaft“ in der Schwelbacher Straße bis auf den letzten Platz füllte.

Herr Pfarrer Philipp ging von der Voraussetzung aus, daß es einer Klärung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche schon längst bedurft hätte, daß dies aber eine Sache des

Gefühls sei, die sich nicht von heute auf morgen durch einen diktatorischen Erlass erledigen lasse. Eine historische Betrachtung des Verhältnisses der Kirche zum Staat zeigt uns in vorreformatorischer Zeit beide nebeneinander als durchaus gleichberechtigte Faktoren, die, wenn sie sich auch gelegentlich bis auf den Tod bekämpften, niemals auf den Gedanken der Trennung gekommen wären. Mit Luther kam dann die Zeit der Glaubens- und Gewissensfreiheit, in welcher sich die neue Kirche in den Schutz des Staats flüchten mußte. Es wurde der Grundsatz, daß das Glaubensbekenntnis des Landesherren entscheidend war. In der französischen Revolution wurde die Religion auf 4 Jahre überhaupt abgeschafft und mit dem Konfessionspatent, das Napoleon I. mit dem Papst schloß, kamen Kirche und Staat wieder in ein engeres Verhältnis; die Reaktion setzte hierauf ein, und wiederum haben wir als Folge davon deutlich den Druck nach Vernichtung der inneren Persönlichkeit gegenüber der Überzeugung fester werden. Das nassauische Toleranz-Edikt vom Jahre 1817 verkündete Glaubens- und Gewissensfreiheit. Der Staat verpflichtete sich nicht mehr mit einer Kirche, aber er hatte seine privilegierte Kirche.

Die Frage der Trennung ist für den Staat besonders heikel gegenüber der katholischen Kirche, die als starke Organisation für sich den Anspruch erhebt, als ein Gottesstaat gegenüber dem Menschenstaat, diesem übergeordnet, zu gelten. Die evangelische Kirche ist anerkennungsbedürftiger an den Staat. Wenn man aber jetzt versuchen wollte, durch einen einfachen Schnitt diese beiden organisch miteinander verwachsenen Wesen zu trennen, so würden ganz gewaltige Störungen die Folge sein. Eine solche Trennung kann nur durch einen Auseinandersehungspunkt unter dem Gesichtspunkt der Wahrhaftigkeit erfolgen. Die Kirche hat bisher von ihren Mitgliedern, von staatlichen Unterstützungen und — so absurd es klingt — der Gleichgültigkeit der Masse gelebt. Die unkirchliche Masse hätte, wenn sie sich am kirchlichen Leben beteiligte, jederzeit die Majorität bekommen. Die Ursachen der Unfruchtbarkeit der Reformen liegen in der materialistischen Zeit, bei den Gebildeten in dem Widerspruch gegen die alte Formel des Bekenntnisses, mit der sie sich innerlich nicht mehr einverstanden fühlen, bei den Sozialdemokraten in der Abneigung gegen die Kirche wegen ihrer engen Verbindung als Landeskirche mit dem sogenannten Klassenstaat begünstigt. Dazu kommt, daß der Staat sich nicht gekostet hat an die ihm zugewiesenen Grenzen, sondern darüber hinausgegriffen hat in die innersten Befugnisse der Kirche. Nehmer weist dabei auf die Bekenntnispflicht der Offiziere, den Eidswang der Disziplinen sowie den Religionsunterricht der Disziplinanten hin und beleuchtet hierauf die Verhältnisse in Amerika, Frankreich und Belgien nach Durchführung der Trennung. Auf die Verhältnisse bei uns zurückkommend, betonte der Redner, daß die demokratische Partei auf ihr Programm nicht die Trennung von Kirche und Staat gesetzt habe, sondern jedem einzelnen volle Bewegungsfreiheit überlasse. Die Hoffnung dürfe nicht lauten: Trennung, sondern Reform der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat. Unbedingt fallen müßten die kirchlichen Privilegien und eine Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften erfolgen. Den großen Religionsgemeinschaften müsse dann das Selbstbestimmungsrecht gegeben werden, und diesen Religionsgemeinschaften sollte der Staat nach der Auffassung des Redners seinen wirtschaftlichen Arm leihen. Die Ertragskraften der Republik müßten auch auf die Kirchenverfassung übergriffen und mit der Beteiligung am kirchlichen Leben auch die Religiosität im Volk heben, denn, so schloß der Redner, die Religion muß dem Volk um des Volkes willen erhalten bleiben.

Der Vortragende stellte hierauf die nachstehenden Zeitsätze zur Diskussion:

1. Der demokratische Grundsatz der Glaubens- und Religionsfreiheit sowie der Gleichstellung aller Staatsbürger vor dem Gesetz fordert eine Reform des Verhältnisses von Staat und Kirche im Sinn der Aufhebung kirchlicher Vorrechte, ohne darum notwendig zur Trennung von Kirche und Staat zu führen.

2. Wir wissen, daß die Arbeit der Kirche, die sich in der Pflege der religiösen und sittlichen Kräfte der deutschen Volkseele äußert, auch für uns unentbehrlich ist. Diese Arbeit schädigen oder gar unmöglich machen, hieße Staat, Volk und Familie im Kern gefährden.

3. Es wäre darum unverantwortlich, eine Trennung von Staat und Kirche auf dem Weg des einfachen Regierungsbeschlusses über die Köpfe der Beteiligten hinweg diktatorisch anzuordnen.

4. Die Auseinandersehung zwischen Staat und Kirche soll sich nicht feindlich, sondern friedlich-friedlich vollziehen und der Kirche eine mehrjährige Frist lassen, sich wirtschaftlich und verfassungsmäßig neu zu ordnen.

In der Aussprache präzipitierten die Herren Pfarrer Beckmann, Pfarrer Eber (von der altkatholischen Gemeinde) und Direktor Höfer ihren Standpunkt. Rektor Freidenstein schloß der Versammlung die Annahme nachstehender Resolution vor: „Die Versammlung erhebt energisch Einspruch gegen die das religiöse Gefühl verletzende und die höchsten sittlichen Güter sowie die Einheit des Reichs gefährdende Tätigkeit des derzeitigen Kultusministers Adolf Hoffmann und verlangt dessen sofortige Entlassung aus dem Amt des Kultusministers.“

Nach einem kurzen Schlusswort des Versammlungsleiters Geheimrat Dr. Albert wurden diese Resolution sowie die oben mitgeteilten Zeitsätze von der Versammlung einstimmig angenommen.

Deutsche demokratische Partei.

Angesichts der unerträglichen Schädigung der höchsten Reichs- und Bundesinteressen verlangt der Kreisvorsitzende der Deutschen demokratischen Partei im 2. nassauischen Wahlkreis in einer Eingabe an den provisorischen Vorstand in Berlin, daß sich die Deutsche demokratische Partei geschlossen hinter die provisorische Regierung Ebert-Scheidemann stellt, dieselbe mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln stützt und von ihr mit größtem Nachdruck beschleunigte Befreiung eines früheren Wahltermins und schnellste Einberufung der Nationalversammlung fordert. Sollte die Einberufung der Nationalversammlung innerhalb kürzester Zeit nicht erfolgen können, wird die sofortige Einberufung des Reichstags mit dem einzigen Punkt der Tagesordnung Anerkennung der jetzigen Reichsregierung verlangt, damit legitimierte Vertreter des Deutschen Reichs für die Friedensverhandlungen und zur Festlegung der durch die Revolution geschaffenen inneren Zustände vorhanden sind.

— Keine Aufhebung der Z.-Z.-O. Von vielen Seiten wird an das Reichsministerium mit dem Wunsch herangetreten, alsbald für die Einfuhr aus dem Ausland den freien Handel wieder einzuführen und die Z.-Z.-O. aufzuheben. Das Reichsministerium muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen erst recht an der strengen Zentralkontrolle der Einfuhr festhalten. Die Gründe, die während des Kriegs für die Zentralkontrolle ausschlaggebend gewesen sind, bestehen auch heute noch fort. Das Verbot der Einfuhr aus den neutralen Staaten ist noch nicht beseitigt, nur bestimmte Konningente sind zur Einfuhr freigegeben, jede Einfuhr, die außerhalb des Kontingents erfolgt, wird, sobald sie zur Kenn-

nis der neutralen Regierungen gelangt, auf das deutsche Kontingent angerechnet. Die Preisgestaltung in den neutralen Ländern ist noch so beschränkt, daß sie nicht dem freien Handel überlassen werden kann, weil die Preise alsdann für Deutschland infolge seines ungeheuren Bedarfs eine unerträgliche Höhe erreichen würden. Die mit dem freien Handel eingehende Preistreibererei steigert auch für die Bevölkerung der Auslandsländer die Lebensmittelpreise und Unentwürdiges. Dies war hauptsächlich der Grund, aus welchem die neutralen Staaten selbst die Zentralkontrolle der Einfuhr nach Deutschland verlangt haben und auch jetzt noch daran festhalten. Im übrigen ist das Reichsministerium bereits damit beschäftigt, die Organisation der Zentral-Einkaufsgesellschaft der neuen Entwicklung der Verhältnisse anzugleichen.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Kessels-Theater. Heute Abend und morgen Samstagabend sollen die Vorstellungen aus „Die Samstagsnachmittags-Verstellung“, das reizende Kindermärchen „Blondeinchen“, findet bestimmt statt, und zwar am 24. Uhr. Die Anfangszeiten der zwei Sonntagsvorstellungen sind dahin geändert, daß am 24. „Frauen streich“ gegeben wird und am 25. die Aufführung des komischen Schwanks „Die schwabische Jungfrau“ stattfindet.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

W. Wiesbaden, 12. Dez. Der heutigen Sitzung der Stadtverordneten ging aus: Ersehen des Vollzugsauslasses der Arbeiter- und Soldatenrats eine Versprechung mit diesen voranz, welche sich über ansehnliche Stunden hinweg und in welcher es zeitweilig recht erregt verlief. Es handelte sich dabei nach Andeutungen in der Stolltreiternsitzung um die Beschaffung einer geeigneten Vertretung des Arbeiter- und Soldatenrats in der Stadterwaltung. Einem glücklichen Beschlusse gemäß soll ein unbefehlter Selbsterklärter in einer demnächstigen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten auszuwählen und außerdem der jetzt bereits vom Arbeiter- und Soldatenrat der Stadterwaltung beilegte Kontrollrat zu den Sitzungen der städtischen Körperschaften regelmäßig Einladung erhalten. Die aus 80 Personen bestehende Bürgermehr erzielte einen ganz bedeutenden Kostenanwuchs, der allerdings zum Teil von Subskriptoren getragen wird. Erhält hoch jedes Mitglied bei täglich achtstündiger Dienst 60 M. die Woche. Da aber später die Besatzungstruppen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung disloziert sein werden, soll die Bürgerwehr außer Funktion gesetzt und die Zahl der Vollzeitsoldaten auf 27 gebracht werden. Für die Stellvertretung des Direktors am Raum während eines Zeitraums von 18 Monaten wurden 300 M. demüßigt. Durch Reichsgesetz ist die Einführung eines Erwerbslosen-Reliefgesetzes festgesetzt, deren Kosten zu 1/3 vom Reich, zu 1/3 vom Bundesstaat und zu 1/3 von der Gemeinde getragen werden. Beachtet wird für den Mann 2 M., für die Frau 1.50 M., für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M. und für Feiglinge 1 M. die Woche, also für die Familie mit vier Kindern 8.50 M. Das für Bezirk vorgeschlagene Statut lehnt sich mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines baldigen Zusammenschlusses der beiden Gemeinden an das Wiesbadener Statut an. Zur Kontrolle ist ein Arbeitsrat nötig, welcher nach und nach unter Ausschluß der privaten Geschäftswelt die gesamte Stellenvermittlung übernehmen soll. Darüber ob alle Zweige des Wirtschaftslebens dazu geeignet sind, wird später zu entscheiden sein. Vorläufig wird in der alten Schule an der Wiesbadener Kirche ein Bureau zu diesem Zweck eingerichtet. Die Kosten werden vorerst den Betrag von 8000 M. im Jahr nicht übersteigen. Dieser Betrag wurde bewilligt. Als Vorstandsarbeiten sollen die Straßen und Kanäle einer Kleinmünze unterzogen und verschiedene Wege neu geordnet werden. Die Kosten mit 100 000 M. darunter für 10 000 M. Tücherarbeiten in den Schulen) werden zugestanden. Die Geschäftsräume der Armen- bzw. Wohlfahrtsämter reichen nicht mehr aus. Der veranschlagte Ausbau würde 21 600 M. erfordern. Der Ausbau soll daher nur die Wandarbeiten mit 2000 M. Kosten zu Bureauarbeiten umgewandelt werden. Oberbürgermeister Bogt hat wiederholt den Wunsch geäußert, von seinem Amt entbunden zu sein. Darüber, in welcher Form die Neuwahl sich vollziehen, ob die Stelle ausgeschrieben werden soll usw., wird in einer geheimen Sitzung beraten. Die Kartellkommission ist in Weidrich tätig zu der Wahlung, sich in dem Verstand die mögliche Reserve aufzuheben. Es fehlen rund 20 000 Zentner, die angeblich nach auf dem Lande liegen sollen. In einer unlängst stattgehabten Versammlung ist beschlossen worden, daß die Landwirte sich ihrer Pflicht nicht entziehen, die Besatzungstruppen zu Requisitionen auszuführen. Die Stadterwaltung wird über alles alles tun, um die Forderungen zu erledigen. Einem eingegangenen Schriftstück gemäß hat sich ein Beamtenausschuß gebildet, welcher wünscht, durch seinen Vorgesetzten in allen über Beamten-Angelegenheiten beratenden Sitzungen vertreten zu sein. Soweit das möglich ist, wird es geschehen. Zum Schluß wurde Rechtsanwalt Freundlich, welcher unmittelbar nach seiner Wahl zum Stadterordneten vom Heere eingeworben wurde und zum erstenmal nach seiner Rückkehr aus dem Feilde der Sitzung anwesend, vom Vorsitzenden durch Handschlag an Eidesstatt für sein Amt verpflichtet.

Handelsteil.

Amtliche Devisenkurse in Deutschland.

W. T. R. Berlin, 12. Dez. (Drahtbericht.) Telegraphische Auszahlungen für			
Holland	364.00 G.	Mk. 364.50 R.	für 100 Gulden
Dänemark	220.50 G.	221.00 R.	100 Kronen
Schweden	248.25 G.	248.75 R.	100 Kronen
Norwegen	236.75 G.	237.25 R.	100 Kronen
Schweiz	177.75 G.	178.00 R.	100 Franken
Oesterreich-Ungarn	53.95 G.	54.05 R.	100 Kronen
Bulgarien	00.00 G.	00.00 R.	100 Lewas
Konstantinopel	00.00 G.	00.00 R.	1 türk. Pfl.
Spanien	136.00 G.	137.00 R.	100 Pesetas
Kopenhagen	78.25 G.	78.75 R.	

Ausländische Wechselkurse

w. Amsterdam, 12. Dez. Wechsel auf Berlin 27.45, auf Wien 15.10, auf die Schweiz 43.25, auf Kopenhagen 63.50, auf Stockholm 68.80, auf London 11.27%, auf Paris 43.15.

Banken und Geldmarkt.

* 4 1/2proz. Schatzanweisungen von 1917. Die am 1. Juli 1919 zur Rückzahlung gelangende Gruppe der auslosbaren 4 1/2proz. Schatzanweisungen von 1917 (6. und 7. Kriegaanleihe), sowie die von 1918 (8. Kriegaanleihe) werden am 7. Januar des neuen Jahres ausgelost.

Industrie und Handel.

* Zur Verwertung freierwerdender Maschinen in Gewerbe und Industrie. Die Technische Bezirksdienststelle Frankfurt a. M., Mainzer Landstraße 28, Fernsprecher: Hanna 9260—75, Netzenstelle 166 u. 167, Dezernat der Wirtschaftsstelle Frankfurt a. M., zuständig für Hessen und Regierungsbezirk Wiesbaden, macht darauf aufmerksam, daß die im Gewerbe und der Industrie durch Umstellung freierwerdenden Maschinen, Motore, Apparate usw., zweckmäßig bei ihr mit allen technischen Daten gemeldet werden, damit sie Interessenten nach Bedarf nachzuweisen werden können. Jedem, der eine Maschine, einen Motor usw. gebraucht, wird dann kostenfrei möglichst in der Nähe eine Maschine usw. nachgewiesen. Bei Verkauf von Maschinen ist es jedoch erforderlich, der Dienststelle Mitteilung zu machen, damit die Nachweislisten richtig gestellt werden können.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 4 Seiten.

Gaußscheilhaber: H. Hegerdort.

Verantwortlich für den Inhalt und politische Nachrichten: H. Hegerdort; für den Unterhaltungs-: H. v. Rauenborn; für den lokalen u. provinziellen Teil und Geschäfts-: A. W. H. G. für den Handelsteil: M. H. G. für die Anzeigen und Bekanntmachungen: H. Zornau, sämtlich in Wiesbaden. Druck u. Verlag der B. Schellensberger'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Gesamte Ausgabe der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Abdruck.

Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung.
Nr. 659/11.18 A.Z. 1.
Berlin NW. 7, den 27.11.18.
Friedrichstraße 100.
Bei den Arbeitsnachweiserinnen haben sich die Arbeitslosen, die Beschäftigung suchen, denen aber nicht genügend Arbeit nachgewiesen werden kann. Dabei fehlt es auf der anderen Seite für wichtige Arbeiten an den notwendigen Arbeitskräften. Die Ernährungsindustrie klagt über Mangel an Leuten. Die Güterwagen können aus Mangel an Arbeitern nicht schnell genug entladen werden. Auch in der Kohlenförderung werden Kräfte benötigt. Dieser ungesunde Zustand kann nur beseitigt werden, wenn alle Arbeitgeber die zu besetzenden Stellen unverzüglich dem nächsten nicht gewerbdmässigen Arbeitsnachweiser melden. Nur dann ist ein Ausgleich zwischen Arbeitsuchenden und offenen Stellen möglich. Auch die Erwerbslosenunterstützung kann verständlich nur durchgeführt werden, wenn alle vorhandene Arbeitsgelegenheit den Arbeitsnachweiser bekannt ist, da Unterstützung nur denen gewährt werden darf, für die tatsächlich keine Arbeit vorhanden ist. Alle Arbeitgeber sind daher verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerbdmässigen Arbeitsnachweiser zur Anmeldung zu bringen. Diese Pflicht haben nicht nur die privaten Unternehmer, sondern auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, ganz besonders auch Post und Eisenbahn. Für Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitsnachweiser wird gesorgt.
F 761

ges. Koetz.

An die Herren Regierungspräsidenten pp.
Wird hierdurch veröffentlicht.
Wiesbaden, den 12. Dezember 1918.
Der Magistrat.

Jagd-Verpachtung.

Freitag, den 27. Dezember 1918, mittags 1 Uhr, wird die Jagd der Gemeinde Ransel, umfassend in 723 Hektar Feld und Wald, auf 9 Jahre, vom 1. Januar 1919 ab, im Gemeindebezirk dahier öffentlich meistbietend verpachtet. Die Jagd enthält einen guten Bestand, besonders an Rehen, Hasen und Wildschweinen, und ist von der Bahnstation Lorch a. Rh. in 5 Kilometer bequem zu erreichen. Die Pachtbedingungen können auf dem Bürgermeisterei eingesehen oder gegen Einsendung von 1 Mark von diesem bezogen werden.
F 656
Ransel, den 11. Dezember 1918.
Der Jagdvorsteher: Krift.

Belze

in reicher Auswahl, passende Weihnachtsgeschenke, billig
Nichtelberg 28, Mittelbau 1 Etage rechts.
NB. Auch alle Umarbeit., Reparaturen werden gut und billig angefertigt.

1917er Oberingelheimer Rot

vollwertiger Ertrag für Bordeauxwein in Farbe, Güte und Geschmack, per Hl. mit Glas u. Ausstattung ohne Steuer
Mk. 7.60.
Näheres bei Schaffner, Bietenring 12, Hochparterre.

Prima Pferdefleisch

ohne Marken.
S. Barmann Wwe., Erbenheim,
Neugasse 35.
Verkauf jeden Tag von morgens 8 bis nachmitt. 5 Uhr.

Haarschmuck

in größter Auswahl
:: billigste Preise ::
M. D. Gruhl, Kirchh. 11
Tel. 2199

Postkartons

Reisefartons
Einb. v. Bildern u. Zeit-
schriften, Bilderst., empf.
Post, Lini, Buchbinderst.,
Bismarckstr. 2, Teleph. 3736.
Selbstabpacken.
Droga. Bode, Lounuistr. 5.

Waffeleisen

eingetroffen. 1377
A. Baer & Co.
Weilritzstr. 51. Tel. 406.

Parfettboden- und Einoeluwachs,

flüssige Bohnermasse, fest.
Parfettwachs und Stahl-
böden verläufig. 1276
H. Gail Wwe.,
Schwalbacher Straße 2.
Telephon 84.

Zur Beachtung

Nur d. Weihnachtseinkäufe
Empfehle mein reichhalt.
Lager in Wand, Tisch-
u. Armbanduhren u. fein.
Gold-, Silber- u. Brillant-
schmuck. Gleich mache ich
auf ar. Ausdr. in anderen
mass. Trauringen in jed.
Preis. u. prompte Erled.
all. Reparatur. aufmerksam.
Mar. Krasnaborski.
Reichstraße 28.
F 761

Frankfurter Würstchen

hochfein, aus Kaninchenfleisch
Paar 1.95
empfehle täglich frisch
Karl Berneder
Saalgasse 38 und
Hauptbrunnenstraße 11.

Belour- Haar- und Füllhüten

auf neueste Formen. Um-
arbeiten von Samthüten in
bester Ausführung.
Jenny Matter,
Damenpuh,
Reichstraße 11. Tel. 3927.

Schuhmacherei

2 Blüchensplatz 2
20 Dirschbaben 20.
Sohlen u. Füll in 1 bis
2 Tagen.
Garant. prima Berneder.

Brennholz

Wochen u. Fichten, auch ge-
hackt wird in jed. Menge
nachm. von 8-5 Keller-
straße 23 im Keller abgeh.

Gelegenheitslauf!

Armband. 14 Karat in
modern. Fibern 80 Mk.
Lange Damenreife m. edl.
Perlen 250 Mk. Ring m.
Saphir u. Brill. 180 Mk.
Damenuhr mit Ankerwerk
80 Mk. Tabakbox-Frische
mit edlen Perlen 80 Mk.
Gemeinbräute 70 Mk.
Reisenarband 25 Mk.
Perlenring 25 Mk. und
andere Schmuckstücke.
Fender. Rheinstraße 68. 1.

Starker Efel

billig zu verkaufen
Schwalbacher Straße 38.
Zur Beachtung!

Hebernahme Rohren in
der Stadt u. nach ausw.
1. u. Spannia, sowie An-
fahren u. Röhren, Kohlen u.
Sola. a. Klein. Quantums.
Telephon 4459.

Sehr guter Grammophon

30 B. Eleonorenstr. 7, 2 r.
Nur Brantpaar bestend!
Gutes Schicks. best. a.
Hoch. Bett mit 31. Matr.
Kissen, Deckbett, Schrank.
Wäsche m. Erlen. Dand-
luchst. 2 Stühle und
Küchenschel. Nachh. 720.
Schicks. best. a. 2 kompl.
Bett mit fast neu. Mat.
Matr. Rudeff. Wäsche
mit Erlen. Schüssel mit
Deck. 2 Stühle, Schrank
(Plur.) mit Glaseinfak.
Nachh. 1200 Mk. ein
Schicks. best. a. 2 poliert.
Bett mit 31. Matr. Ru-
decke u. Kissen. Wäsche
m. Warm. u. Spiegl. 1200.
Nachh. 1450 Mk. Anau-
sehen von 10 Uhr ab.
Krau 2. Reuter.
Jahnstraße 22. Parterre.

Sehr seltene Gelegenheit

Spotbillig zu verl.:
2 sehr gute Schick. Bett-
stellen m. Sprungr. auf.
140 Mk. a. m. Wäsche.
Eleonorenstr. 7, 2 r.
Sehr schönes weis. eis.
Rinderbett
Koch-Matr., alles verfib.
30 B. Eleonorenstr. 7, 2 r.
Sehr schönes weis. eis.
Rinderbett
Koch-Matr., alles verfib.
30 B. Eleonorenstr. 7, 2 r.

Violinfasten

(Norm.-Erlös. neu) zu
verkaufen bei Nicolai.
Rifolaststraße 39.

Waschfessel

2 außerb. freistehende
mit Mantel und Unter-
feuerung 4 70 Mk. abqua.
Turnhalle Dohheim.

Brillantring od. Schmuck

zu kaufen gesucht.
Rimmermann.
Hauptbrunnenstraße 9. B.

Harmonium oder Klavier

zu kaufen gesucht.
Rimmermann.
Hauptbrunnenstraße 9. B.

Pedertreibriemen

außerb. halt. kauft. Stell.
Friedrichstraße 44.
G. erh. Wand-Motorad

Koffer

zu kaufen gesucht. Offert.
mit Preisangabe an Frank.
Kriedrichstraße 37.

Einige Liter Petroleum

zu kaufen gesucht.
H. Krämer, Lanna 26.
Neuanisabachstritten
Serrisfälttannuon.
Abdriffen - Dittate.
Kontinental.
Schreibstube.
20 Herrmannstraße 20.
Kernus 1851.

Austünfte

Neobachtungen und Er-
mittelungen. Spezial für
Chelidrinuon.

Detektiv-Büro

W. Gurich.
Marktstraße 23. 1 St.
Grammophone

Warne

hiermit jedermann. mein
Krau
Martha Schwäbe
was zu borgen, da ich für
die Schulden nicht auf-
komme.
Friedr. Schwäbe,
Fenniafen bei Hannover.

Verfette Weibzeug-Mäherin

resp. Mäherin. für im
Privatgebrauch arbeit.
wöchentl. 2 Tage ge-
sucht. Versänd. Vorstell.
Sonntag 9-10 vorm.
Krau Ed. Beckel.
Wilhelmstraße 12. A.

Verloren

ein goldenes Armbänder.
Armbänder auf dem Rine
Nurhaus. Sonnenbräuer
Straße, Wren. Belohn.
abzugeben bei Bismers
Hotel Regina.
Sonnenbräuer Straße 26.

Braune Jagdhündin

entlaufen. Gea. Bel. abs.
Rimmermann.
Hauptbrunnenstraße 9. B.

Rechtschirm

Donnerstagsvorm. in der
Telephonzeile der Hauptst.
Neben gelassen. Gea. ante
Belohnung abqua. Rhein-
auer Str. 8. E. Krüger.

Kirchliche Anzeigen

Sonntag, 15. Dezember
(8. Advent).

Evangelische Kirche.

Marktkirche. (Die Gottes-
dienste finden bis auf
weiteres in der Aula des
Museums am Schloßplatz
statt.) Vorm. 8.45 Uhr:
Jugendgottesdienst. Pfr.
Dr. Weinede. 10 Uhr:
Pfr. Weinede. 5 Uhr:
Pfr. Schüller. (Abendm.)
Veralische. 10 Uhr: Pfr.
Grein. 11.30 Uhr Kinder-
gottesdienst. Pfr. Grein.
6 Uhr: Pfr. Philipp. —
Lauten u. Trauungen:
Pfr. Grein. Feierabend:
Pfr. Grein. — Ver-
einigungen: Pfr. Diehl.
Kinaische. Jugendgottes-
dienst 8.45 Uhr: Pfr.
Schmidt. 10 Uhr: Pfr.
Schiller. — Kinder-
gottesdienst 11.30 Uhr:
Pfr. D. Schiller. 5
Uhr: Pfr. D. Schiller.
Lutherkirche. 10 Uhr: Pfr.
Reber. (Abendmahl.)
Pfr. Reber. 11.30
Uhr: Pfr. Reber. 5
Uhr: Pfr. Reber.
Gottesdienst für Schwer-
hörige, nachm. 3.15 Uhr,
in der Sakristei der King-
kirche. (Abendm.) Pfr.
D. Schiller.
Paulinerkirche. Vorm. 9.30
Uhr: Gottesdienst. Pfr.
Gichhoff. Vorm. 11 Uhr:
Kindergottesdienst.
Ev. Vereinshaus, Blatter
Str. 2. Sonntag, 11.30
Uhr: Kindergottesdienst.
Pfr. Schüller. Abends
8 Uhr: Bibelstunde. Pfr.
Geld. Mittmoch. 5 Uhr:
Bibelstunde. Pfr. Geld.
Donnerstag, 8.30 Uhr:
Allgemeine Gebetsstunde.

Katholische Kirche.

Ernte-Dankfest.
Bonifatius-Kirche. Heilige
Messen: 6, 7, heil. Messe
8 Uhr. Kindergottesdienst
9 Uhr. Hochamt 10 Uhr.
Letzte heil. Messe 11.30
Uhr. Nachm. 2.15 Uhr:
Christenlehre m. Andacht.
Abends 6 Uhr: Sacra-
mental. Andacht mit Um-
gang. Rosenkranz heil.
Messen 6.30, 7.15, 7.40
u. 9.30 Uhr. 7.40 u. 9.30
Uhr sind Schulmessen.
Diensttag, Donnerstag u.
Samstag, 7.30 Uhr sind
Koratemessen mit Segen.
Samstag, abends 6.15
Uhr: Salve-Andacht. —
Beichtgelegenheit: Son-
ntag, morgens von 8 Uhr
an. Samstag, nachm.
8.30 — 7 und nach 8 Uhr,
an allen Wochentagen
nach der Frühmesse.
Maria-Hilf-Kirche. Heil.
Messen 8.30 u. 8 Uhr.
Kindergottesdienst 9 Uhr.
Hochamt 10 Uhr. Nachm.
2.15 Uhr: Christenlehre
u. Andacht. 6 Uhr festo-

mentalische Andacht mit
Lmanga. — Wochentags
heil. Messen 6.45, 7.45
(Schulmesse) u. 9.15 Uhr.
Beichtgelegenheit: Son-
ntag, morgens von 8 Uhr
an. Samstag von 4-7
u. nach 8 Uhr. — Sam-
stag, 6 Uhr: Salve.
Dreifaltigkeits-Pfarrkirche
6.30 Frühmesse. 8 Uhr:
zweite heilige Messe. —
9 Uhr Kindergottesdienst.
10 Uhr Hochamt. Nachm.
2.15 Uhr: Christenlehre
mit Andacht. Abends
6 Uhr: Sacramentalische
Andacht (858). Woch-
entags heil. Messen 6.30 u.
7.30 Uhr. Mittmoch. und
Samstag, 7.20 Uhr:
Koratesamt mit Segen
(Schul-Gottesdienst). —
Beichtgelegenheit: Son-
ntag früh von 6 Uhr an,
Samstag von 6-7 und
von 8 Uhr an.

Altkatholische Gemeinde.
Friedenskirche. Schwal-
bacher Straße. Vorm.
10.15 Uhr: Amt mit
Predigt. Pfr. Reber.
Evangel. luth. Gottesdienst.
Abelskirche 85. Vorm.
9.30 Uhr: Predigtgottes-
dienst. Pfr. Müller.
Evangel. luth. Gemeinde,
der selbst. ev. luth. Kirche
in Breiden ausgehörig,
Dobbeimer Straße 4. 1.
Vorm. 10 Uhr: Gottes-
dienst.
Ev. luth. Dreieinigkeits-
gemeinde. In der Straße
der altkath. Kirche.
Eing. Schwalbacher Str.
Vorm. 9.45 Uhr Predigt-
gottesdienst. Pfr. Müller.
Methodistengemeinde, Ede
Dobbeimer. Predigtgottes-
dienst. Vorm. 9.45 Uhr: Predigt.
Dr. Lüring. Vormittags
11 Uhr: Kindergottes-
dienst. Mittmoch. abends
7 Uhr: Bibelstunde. —
A. A. Prediger Ruder.
Baptistengemeinde, Adler-
str. 19. Vorm. 11 Uhr:
Kindergottesdienst. Nach-
mittags 4 Uhr: Predigt
von Prediger Urban. —
Mittmoch. abends 8.30
Uhr: Gebetsstunde.
Neuapostolische Gemeinde,
Cranienstraße 54. D. B.
Nachm. 2.45 Uhr Kinder-
gottesdienst. 8.30 Uhr:
Hauptgottesdienst.
Deutsch-kathol. (freirelig.)
Gemeinde. Nachm. 4.30:
Gebäude im Bürger-
saal des Rathauses von
Pred. Lüring. Thema:
Religion außerhalb der
Kirche.

Standesamt Wiesbaden

Storbefälle.
Am 11. Dez.: Kaufmanns-
lehrling, 18 J., Adolf Philipp
Dahlem, 18 J., Oberst Marie
Bolt, geb. Fuchsig, 28 J. —
12.: Spenglerlehrling Willi Hof-
mann, 15 J.; Bäcker Heinrich
Renz, 33 J.; Witwe Karoline
Bahn, geb. Bender, 78 J.; Geh.
Reg.-Rat Hugo Jelle, 76 J. —
13.: Witwe Christiane Bernhardt,
geb. Jäger, 74 J.



Tieferschüttelt erhielten wir die Nachricht, dass mein
herzensguter, treusorgender Sohn, unser guter Bruder, Nefte
und Cousin, der

O. V. Gast

Hans Roes

Masch.-Ing.

im Alter von 29 Jahren an einer schweren Lungenentzündung
in einem Feldlazarett in Russland gestorben und auf dem Ehren-
friedhof zu Pinsk beerdigt ist.

Im Namen der sämtlichen Hinterbliebenen:
Die tiefgebeugte Mutter:
Frau M. Roes Wwe.

Wiesbaden (Karlstr. 40), Bremen, Berlin, Nürnberg,
Stuttgart, Karlsruhe, den 12. Dezember 1918.

Heute abend 11 Uhr verschied sanft nach kurzem, schwerem
Leiden mein geliebter Mann, mein guter Schwiegervater, unser lieber
Schwager, Onkel, Grossonkel und Grossvater,

Karl Brück, Vorschussvereins-Direktor a. D.

im 90. Lebensjahre.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:

Franziska Brück, geb. Jäger.

Wiesbaden, Glessen, den 12. Dezember 1918.
Wilhelmstrasse 14.

Die Trauerfeier und Einäscherung findet Montag, den 16. Dezember,
vormittags 11 Uhr, im Krematorium auf dem Südfriedhofe statt.

Man bittet von Beileidsbesuchen absehen zu wollen.

1376

Statt jeder besonderen Anzeile.

Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige
Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unser
über alles geliebtes Töchterchen, unser liebes Schwesterchen und
Enkelchen

Martha

heute morgen 8 Uhr nach langem schweren Leiden im satten
Alter von 13 Jahren in ein besseres Jenseits abzurufen.

Im Namen aller tieftrauernden Hinterbliebenen:

Louis Born.

Erbenheim, den 12. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag, 15. Dezember, nachmittags
3¼ Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Straße 53, aus statt.

Aus dem Felde zurückgekehrt habe ich meine ärztliche Praxis (auch Kassenpraxis) hier wieder aufgenommen.

Dr. med. Maximilian Pfister.

Sprechst. außer Sonntags tägl. 10—11 Uhr.
Taunusstr. 9, II. Tel. 1023. 3—4 „

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Louis Petri, Dentist.

Sprechstunden 9—1, 3—6 Uhr.

Taunusstraße 43 :: Teleph. 2177.

Vom Felde zurück!

U. Rohmann, Mauritiusstraße 5.

Sprechzeit an Werktagen nachmittags u. 1—5 Uhr.

Aus dem Felde zurück

teile meiner wertten Kundschaft mit, daß ich mein Geschäft wieder eröffnet habe.

Fritz Müller, Friseur
Albrechtstraße 8.

Aus dem Felde zurück, teile meiner wertten Kundschaft sowie geehrten Nachbarschaft mit, daß ich mein Geschäft **Rauenthaler Straße 9** wieder eröffnet habe.

Johann Kaufmann, Friseur.

10% Rabatt

gewähre ich bis Mittwoch,
den 18. Dezbr., auf alle

Briefpapiere

lose, in Packung und Geschenkkarton.

F. Zimmermann Kirchgasse 29.

Hosenträger, Vorhemden, Aragen, Krawatten,
Theaterhücher, Broschen, Halsketten, Seidenbänder, Faust-
handschuhe, Karl gefüttert, ohne Bezugsschein, RL 2.50,
auch große Posten für Behörden Fabriken.

Carl J. Lang, Adlg. Kurzwaren, Bleichstr. 35.
Ede Wolkamstr. Teleph. 4747.

Rodelschlitten
empfiehlt als 1375
passendes Weihnachts-Geschenk
Franz Flössner Nachf.
Telephon 4181. Wellritzstraße 6.

2 Waggon Zwiebeln

1 Waggon Rotkraut

1 Waggon rote Speisemöhren

Verlauf an jedermann
und jedes Quantum bei

Knapp, Friedrichstraße 8.

Gewürzöle und -Essenzen
(kein Ersatz od. bloßes Aroma)
u. a. Zitronen, Anis, Mandel, Vanille, Zedern-Öl,
auch Pottasche, Pilsenerbier u. dgl.
Drogerie Baade, Taunusstraße 5
gegenüber dem Kochbrunnen.

la Sellerie

Pfd. 50 Pfg.

zu haben in den Verkaufsstellen von

Adolf Harth.

Sozialdemokratische Partei Wiesbaden.

Am Sonntag, den 16. Dezbr., nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Wellritzstr. 49

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Die Sozialdemokratie und die Nationalversammlung.
Redner: Gewerkschaftssekretär Thomas aus Mainz. F 751

Hierzu sind besonders die aus dem Felde heimgekehrten Genossen, sowie deren Frauen eingeladen.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Ia Parfüms

aus erster Hand

in selten großer Auswahl, in gediegener Geschenkpäckung
Geruchsproben bereitwilligst u. kostenlos auch von teuren Seltenheiten.

Unter anderem **10 Parfüms der Persischen Serie**

Umtausch auch nach dem Feste gestattet.

Parfümerie Bruno Backe

Taunusstraße 5, gegenüber dem Kochbrunnen.

Pass. Weihnachtsgeschenke

Elektrische

Speisezimmer, Zugkronen, modern
und geschmackvoll, in Seide
und Glas,
Beleuchtungskörper jeder Art,
Nachtisch- und Tischlampen,
Bügeleisen, Haartrockner,
Kochtöpfe, Teekessel,
Wärme- und Kochplatten

Brennscher-Erwärmer, Heizkissen,
Zigarrenanzünder, Kaffeemaschinen,
Ofen, Bettwärmer,
sämtl. Schwachstromartikel,
sämtl. Installationsmaterial,
Staubsauger, an die Lichtleitung
zu schließen, versch. Systeme,

in gediegener Ausführung zu den billigsten Preisen.

Flack,

Luisenstraße 44, am Residenz-Theater.

Telefon 747. 1362

Aufgesprungene Haut

Sanoderma-Glycerin
ist ein vorzügliches Mittel gegen
rauhe und spröde oder durch Frost
beschädigte Haut. 1345

Alleinverkauf: Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.

Als praktisches, bezugscheinfreies Weihnachtsgeschenk
empfehle Filzpantoffel, Schnallenschuhe sowie lederbesetzte
Stiefel mit Stoffeinsatz und Holzsohle. 1343

Schuhhaus Sandel

Marktstr. 22 Teleph. 5994. Kirchgasse 43.

Lehrstraße 24, Schierstein a. Rh., neben der Post.
Neu eröffnet! .: Neu eröffnet!

Faber's Weinstube

Prima offene u. Flaschen-Weine. Täglich frische Rheinfische (Backfische).
Im Ausschank 1917er Oestricher Mühlberg.

Aug. Faber, Restaurateur der Rennbahn
u. des Strandbades Schierstein.

Hervorragende Auswahl
in 1370

Kronen
Zuglampen
Stehlampen
Ständerlampen
Bettlampen
Ampeln
Seidenschirmen

Nathan Hess

Taunusstraße 5.

Gelegenheit!

Bilder — Bücher
Puppen
Puppen-Wiege
Puppen-
Stühlchen
Bilderrahmen
Kunstblätter
Rauchservice
Schreibzeuge
Bederwaren

Figuren — Köpfe.

Dirrich, Sonnenberg,
Karlsh. Pöhlen,
alle Tranden, fährt bis
Südwestl. Werderstr. 10.

Treho

der beste Vertriebsleiter.
Vorführung täglich 9—12
u. 6 Uhr. Büro „Dante“.
Fahnhofstraße 8.

Schnellsohlerei

Höderstr. 47, an d. Taunus-
straße. Alle Reparaturen in
1—2 Tagen. Mitgebrachtes
Leders wird gerne verwendet.

Zur Beachtung!

Gestaltungen durch die dauernd gestiegenen Unkosten und um ihren aus dem Felde
zurückgekehrten Angestellten einen ausreichenden Lohn zahlen zu können sowie der Kundschaft
eine gute, hygienische Bedienung zu sichern, sehen sich die Friseure veranlaßt, die

Bedienungspreise

wie folgt festzusetzen, je nach Lage der Geschäfte:

Rasieren	0.35—0.75 M.
Haarschneiden	0.75—1.50 „
Kinder-Haarschneiden	0.50—1.00 „
Bartschneiden	0.50—1.00 „
Frisieren	0.35—0.75 „
Kopfwaschen	0.75—1.50 „
Haarbrennen	1.00—1.50 „

Damenbedienung:

Damen-Frisieren	1.50—3.00 M.
Damen-Kopfwaschen	2.50—5.00 „

Gleichzeitig bitten wir, den aus Felde zurückgekehrten Kollegen, welche ihre Geschäfte ge-
schlossen hatten, ihnen das vor dem Kriege entgegengebrachte Vertrauen wieder zuwenden zu
wollen.

Walhalla-Theater

Ab 1. Dez. 1918, allabendlich 8 Uhr:

Grosses Gastspiel von
Fredy Rembrandt, genannt
Danny Gürtler II.

„Triumph der Schönheit“.

2 Blessings 2.

Sun Hsiang Jung Truppe.

Carl Bogade Comp.

2 Rogge's.

Bertha Berté.

Gustini Duo.

Alles Nähere Plakate.

Anton Herrnfeld

einer der populärsten Komiker Berlins,
ist der Direktor des berühmten

Herrnfeld-Theaters

welches

am 17. Dezember 1918 ein

Gesamt-Gastspiel

im

Walhalla-Theater

absolvieren wird.

Saar-Uhrfetten

mit Goldbeslag.

Puppen-Berüden

sowie alle sonstigen Saarbeiten werden gut und preis-
wert angefertigt.

Herrn- und Damen-Friseur-Geschäft
Zulzbach, Bärenstraße 4.

Weihnachts-Geschenk!

Aufnahmen im eigenen Heim!

Beste Ausführung.

Dutzend 36.—, 18.— Mk. und 12.— Mk.

Elisabeth Frantz, Sonnenberger
Str. 64, part.

Aufnahmen liegen daselbst aus.

Bei Reparaturen an

Rolläden, Jalousien und
Rollschukwänden

wende man sich an Schreiner E. Klapper, Zohlsamer
Straße 28. Schnelle fachm. Ausführung. Nele Freije.
Telephon 302 (Vierköpfig).

Anzündeholz und Abfallholz,
sowie Rantholz, Bretter und Latten
liefert frei Haus

W. Gail Wwe., Schwalbacher Straße 2.
Telephon Nr. 84. 1352

Ia. Bohnerwachs

mit Stahlspänen, 1326
reine geruchlose Delware, in verschied. Größen, noch vor-
teilhafter. Drogerie Moebus, Taunusstraße 25.